

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922

295 (18.12.1922)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen.
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich
monatlich 250.— Mark, Einzelnummer und Belegblatt 15.— Mark.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstraße 6
Fernsprecher 24. Postfach-Konto Nr. 10 101.



Preis für die feingepaltene Millimeterzeile 5 Mk., Reklamemilimeterzeile 20 Mark. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachmittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag 1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für Plagiaten und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Beziffer keine Ansprüche bei verspäteter oder Nichterhalten der Zeitung.

Nr. 295

Montag den 18. Dezember 1922.

93. Jahrgang.

Kurze Tagesübersicht.

Kommt die Rettung aus Amerika? Das amerikanische Kabinett hat sich mit der europäischen Lage beschäftigt. Es soll eine Weltkonferenz in Washington einberufen werden. Amerika wird dabei die Gewährung einer Anleihe von 1 1/2 Milliarden Dollar an Deutschland vorschlagen.

Die Reichsregierung arbeitet an einem neuen Zahlungsplan für die Reparationen.

Der Reichstag verabschiedete am Samstag eine Reihe von Gesetzesvorlagen betr. Zwangsanleihe und Einkommensteuer und vertagte sich bis zum neuen Jahr.

Poincaré erhielt nach einer Reparationsdebatte in der französischen Kammer ein starkes Vertrauensvotum.

Der Dollar ist infolge des Eingreifens Amerikas auf 634 gefallen.

Der Kampf gegen das Deutschtum.

Die französische Politik will durch „Garantien“ und „Bündel“ im besetzten Gebiet und Ruhrgebiet die Fesseln des Versailler Vertrages, die ihre Amerikanerpolitik hindern, sprengen. Sie will eine vertragliche und rechtliche Grundlage für ihre Besatzungs- und Eroberungspolitik erzwingen. Poincaré hat in einem Aufsehen erregenden Artikel diese brutale Gewalt- und Eroberungspolitik Frankreichs vor aller Welt gebrandmarkt. Er hat auch ihren Hauptgrund festgelegt: die an Besatzungsgrenzen gerichtete Furcht der Franzosen vor Revanche, die er für unüberwindlich erklärt, wenn die Franzosen das Rheinland verewaltigen wollten. Der Ausgang dieses zukünftigen Kampfes kann nicht zweifelhaft sein. Die Volkszahl und eigenwillige Kraft Frankreichs geht zurück, während die deutsche Bevölkerung wächst. Hier liegt der letzte und tiefste Grund zu Frankreichs Rheinlandspolitik. Durch die Annexion des Rheinlandes und Beschlagnahme des Ruhrgebietes soll Deutschland nicht nur vernichtet und verflammt, soll nicht nur die Einheit des Reiches zerstört werden, — es soll vor allem dem absterbenden französischen Volkstypus in den Rheinländern neues Blut, eine wachsende Menschenproduktion zugeführt werden. Die ganze französische Politik der „friedlichen Durchdringung“ der Rheinlande ist heute schon darauf abgestellt, die Rheinländer geistig zum Deutschtum loszulösen. Barres behauptet, die Bewohner des linken Rheinufers seien eigentlich keine Deutschen, sondern Kelten und ihre Sympathien seien westlich orientiert. Daran hält die Rheinländer für eine „neubare Masse“, die man mit nicht allzu großer Mühe zu Franzosen formen könnte. Wir lächeln darüber, wenn wir solche Dinge lesen, und sind uns des ungeheuren Ernstes dieser Pläne nicht bewußt. Frankreichs letztes Ziel ist tatsächlich, die durch Gewalt annektierten Rheinländer so lange zu kueten und zu bearbeiten, bis sie nach zwei, drei Generationen Franzosen geworden sind.

Parallel mit dieser Bedrohung deutschen Landes und deutschen Volkstums im Westen läuft die von Frankreich unterstützte Raubpolitik der Polen im Osten. Auch die Polen wollen, wie die Tschechen im Süden, „entgermanisieren“. Ein Zufall ist es, daß in diesen Tagen, wo in London um den Rhein gerungen wird, eine Broschüre des polnischen Generalkonsuls Bulo-wiecki bekannt wird: „Die Politik des unabhängigen Polens. Skizze eines Programms“. Bulo-wiecki tritt darin für die „Aussonderung Ostpreußens aus dem deutschen Staatsverband“ ein, und dessen Einbeziehung in eine Föderation der kleinen Völker Mittel- und Osteuropas als die einzige Sicherung der von Deutschland und Rußland bedrohten Zukunft Polens. Die Broschüre ist keineswegs als Heftigkeit zu bewerten, sondern als ein durchaus ernst gemeintes Glaubensbekenntnis eines nationalen Polen. Der Kampf der slawischen Völker (Polen, Tschechen, Esten und Letten) gegen das Deutschtum wird in einer anderen Art geführt als der französische Kampf im Westen. Alle diese Völker sind kinderreich. Ihr Kampf ist ein Kampf um den Boden. Sie wollen die deutschen Bauern, die deutschen Ansiedler, die deutschen Geschäftleute vertreiben, kurz, die den Deutschen gehörigen landwirtschaftlichen, kaufmännischen und industriellen Betriebe mit Gewalt an sich bringen und alle deutschen Elemente über die Grenzen jagen. Bei diesem Kampf wird nicht einmal der Schein von Recht und Gerechtigkeit zu wahren versucht. Deutsche Schulen, deutsche Kultureinrichtungen, deutsche Vereine werden rücksichtslos unterdrückt und aufgelöst. Die französische Politik härt die Gewaltmaßnahmen der slawischen Staaten um Deutschland herum mit allen Mitteln, sie legt ihren ganzen Einfluß beim Völkerverbund dafür ein, alle Hilferufe der so verewaltigten deutschen „Widerheuten“ unter den Tisch fallen zu lassen.

So sehen wir den Ring der Feinde um Deutschland herum an einer bedrohlichen „Entgermanisierungsarbeit“. Eine ungeheure Verantwortung für die Zukunft des deutschen Volkes lastet auf uns. Dessen müssen wir uns bewußt sein. Es geht nicht um uns, um unsere Generation, um unser Wohl und Wehe, es geht um die Existenz und Entwicklungsmöglichkeit der ganzen zukünftigen Generationen. Niedergang, Schwäche, Herrlichkeit im Innern, Machtlosigkeit durch Mangel an Einheit und Geschlossenheit muß in den Grenzgebieten zu Verlust an deutschem Land, zum Tod lebendiger deutscher Volksglieder führen. Das sollten wir in diesen Tagen der Entscheidungen nicht vergeßen.

Das Eingreifen Amerikas.

Eine Weltkonferenz in Washington. — 1 1/2 Milliarden Dollar für Deutschland

Die Nachrichten über ein Eingreifen Amerikas häufen sich. In einer Kabinettsitzung in Washington unter dem Vorsitz des amerikanischen Präsidenten Harding wurde am Freitag abend tatsächlich die Reparationsfrage erörtert und die einer internationalen Anleihe an Deutschland. Die Berichte der amer. Botschafter in Europa bildeten wohl die Grundlage der Erörterungen. Es ist davon soviel bekannt geworden, daß sie die Lage Deutschlands als katastrophal schilderten. Die Uebnahme der Regierung durch Cuno, der Verbindungen zu Amerika hat, wirkte als zweifellos günstig. Die Wirkung einer bloßen Beratung der europäischen Angelegenheiten hat sich sofort am Dollar bemerkbar gemacht, der von 8000 auf rund 6000 gefallen ist. Man darf sich aber keinen allzu optimistischen Auffassungen hingeben. Die Beratung einer Sache bedeutet noch keine positive Hilfe.

Die europäischen Probleme sind so verwickelt, daß es dazu außer Konferenzen bedarf. Es kommt zunächst wirtschaftliche Hilfe in Frage. Wenn es sich bewährt, daß Amerika die deutsche Anleihe finanziert, wäre viel, wenn nicht alles gewonnen. Dadurch wäre sein Interesse an Deutschland gesteigert, zweifellos aber davon abhängig, wie Frankreich sich zu den Sanktionen verhält. Immerhin würde Amerikas Entgegenkommen und Hilfe einem leichten Druck auf Frankreich gleichkommen. Zweifellos ist nun durch die Haltung der amerikanischen Finanzwelt (Morgan) und die der Regierung die Stabilisierung der Mark in das Stadium der Entscheidungen getreten. So kommt es, daß die deutsche Regierung einen neuen Zahlungsplan für die Reparationen ausarbeitet. Und das alles trotz des Vertrauensvotums, das Poincaré wieder in der französischen Kammer davontrug. Er besteht also noch wie vor auf Pfändern.

Es gilt, die Entwicklung und Haltung Amerikas zur Reparationsfrage und zur Markstabilisierung abzuwarten und nicht auf Risiken zu setzen, wo noch Dornen stehen.

Bestimmte Äußerungen amerikanischer Bankiers.

London, 17. Dez. Der Finanzberichterstatler der „Times“ in New York meldet: Internationale Bankiers, mit denen er gesprochen habe, hätten erklärt, es sei unter den augenblicklichen Bedingungen unmöglich, eine genügend große Anleihe für Deutschland in den Vereinigten Staaten unterzubringen. Zu dem Washingtoner Bericht, daß die amerikanische Regierung sich bereit mache, eine internationale Anleihe an Deutschland von 1 1/2 Milliarden Dollars zu beschließen, habe keiner dieser Bankiers erklärt, daß eine solche Anleihe ausgeben werden könne. Keine Anleihe dieser Art sei in den Vereinigten Staaten unterzubringen ohne eine vollständige Regelung der Fragen der Reparationen und der internationalen Schulden.

Die bevorstehende Weltkonferenz.

Paris, 17. Dez. Aus gut unterrichteten Washingtoner Kreisen erfährt man, daß die Einberufung der großen Weltkonferenz in Washington in 2 bis 3 Wochen von Washington aus unternommen werden wird. Ungeachtet will die amerikanische Regierung tatsächlich eine Anleihe für Deutschland in Höhe von 1 1/2 Milliarden Dollar aufnehmen.

Amerika zur Hilfe für Deutschland bereit.

Paris, 17. Dez. Zu dem amerikanischen Projekt einer 6 Milliarden Goldanleihe erfahren die hiesigen Blätter noch folgende Einzelheiten: Grundlegend für den Schritt Amerikas war die Unterredung, die Morgan mit Hughes und dem Präsidenten Harding hatte. Morgan hat bereits, wie auch in Europa bekannt einen großen Plan für eine amerikanische Intervention ausgearbeitet, aber die Verwirklichung dieses Planes an bestimmte Bedingungen geknüpft, mit denen sich die französische Regierung anoblich nicht hätte einverstanden erklären können. Es ist nun klar, daß die Konferenz der amerikanischen Botschafter aus Berlin, Brüssel und London, die am 7. Dezember in

London stattfand, von sehr großer Bedeutung war, denn sie beschäftigte sich hauptsächlich mit diesem Projekt. Die drei Botschafter hatten an das amerikanische Staatsdepartement nach dieser Sitzung einen grundlegenden Bericht über die europäische Lage gefandt. Es handelte sich darum, genau anzugeben, unter welchen Bedingungen Amerika zu Hilfe kommen könnte und unter welchen Bedingungen sich unter der Reichskanzlerschaft Dr. Cuno sich auch die deutsch-amerikanischen Beziehungen gestalten könnten. Von amerikanischer Seite wird jedoch auch zugegeben, daß die deutsche Note, die Bonar Law in London überreicht worden ist, vorher Amerika bekannt gewesen ist und daß Amerika durchaus nicht so sehr sich gegen diese Note ausgesprochen hat, wie es verschiedene französische Zeitungen wissen wollten. Es handelt sich bei dem amerikanischen Projekt, wie aus Washington nunmehr genau bekannt wird, um eine Anleihe von 6 Milliarden Goldmark zugunsten Deutschlands, das heißt um eine Zusammenfassung der äußeren und inneren Anleihe, die das Reich den Alliierten aufzulegen vorgeschlug. Amerika will mit der Zusammenfassung dieser beiden Anleihen zugleich das Reparationsproblem und das Problem der Stabilisierung der Mark lösen, denn in amerikanischen Finanzkreisen ist man der Ansicht, daß es jetzt die höchste Zeit sei, Deutschland zu retten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Dez.

Zur zweiten Lesung des Haushalts des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft lag am Freitag ein Antrag Hergt (D.natl.) vor, der die sofortige Bezahlung des Umlagegetreides verlangt und Kredite für Genossenschaftsverbände und für die Düngemittelindustrie fordert, sowie eine bessere Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Betriebe auf dem Gebiete des Tarifwesens.

Abg. Dr. Philipp (D.natl.) fordert eine Erhöhung des Umlagegetreidepreises. Das Brot werde nicht von der Landwirtschaft verteuert, sondern durch die hohen Preise, zu denen die Reichsgetreidestelle Auslandsgetreide laufe.

Abg. Heim (Bayer. Sp.) wendet sich gegen die Vorgänge in Sachsen. Mit Strafbestimmungen und Gendarmen könne man die mißlichen Erscheinungen nicht bekämpfen, dadurch schade man nur der Produktion. Zu ihrer Förderung sei aber von Reichs wegen nichts geschehen.

Abg. Schmidt-Röbenig (Soz.) erinnert an die Notlage weiter Kreise. Die Brotverteuerung könne nicht ins Ungemessene gehen.

Abg. Baumann (Zentr.) wünscht höhere Aufwendungen für die Bekämpfung der Reblaus.

Abg. Hepp (D. Sp.) bebauert die Angriffe gegen den Reichslandbund. Gerade jetzt sei eine Einheitsfront der Landwirtschaft notwendig.

Reichsernährungsminister Luther gibt zu, daß die Milchversorgung in den Städten besorgniserregend sei. Eine Konferenz der Ernährungsminister werde Hilfsmittel erwägen. Der Landwirtschaft müsse der notwendige Dünger zugeführt werden. Das Brotgetreide müsse möglichst rasch in die öffentlichen Hände kommen. Berechtigte Wünsche über die Menge des abzuliefernden Getreides müßten berücksichtigt werden, ohne daß die Versorgung der Bevölkerung leidet. Gegen bösen Willen müsse das Gesetz aber durchgeführt werden. Die Regierung wird für einen Preis eintreten, der dem Landwirt die nächstjährige Bestellung ermöglicht. Es wird eine erhebliche Steigerung notwendig werden, die sich natürlich auch im Brotgetreide auswirkt (hört, hört links), immerhin hier weit geringer als im Getreidepreis. Die Brotpreiserhöhung soll dem Einkommen angepaßt werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß unser Volk nicht verhungert. Die Produktion muß daher gesteigert werden. Die Preise müssen tragbar bleiben. Der Minister erklärt, er wisse nicht, ob die Landwirtschaft von dem Preis voll befriedigt sein wird. Er fordert sie auf, in ihres Zusammenhanges mit dem ganzen Volk bewußt zu sein, damit wir gemeinschaftlich durch die Not dieses Winter kommen.

Abg. Vark (Komm.) lehnt jede Erhöhung des Umlagegetreides ab.

Die Entschleunigungen werden angenommen.

Der Haushalt für das Ernährungsministerium bewilligt.

Berlin, 16. Dez.

In der letzten Reichstagsitzung vor den Feiertagen am Samstag wurde die Novelle zum Gerichtslosgesetz angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes. Abg. Soemann (Soz.) lehnt die Vorlage als steuerliche Begünstigung der Besitzenden ab, denn die Steuerlasten der Lohn- und Gehaltsempfänger steigen von Monat zu Monat.

Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Änderungsanträge wird die Vorlage nach dem Beschluß in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Zwangsanleihe.

Die Zwangsleihe war ursprünglich auf 70 Milliarden Papiermark begrenzt worden. § 27 bestimmte für den Fall, daß diese Summe überschritten oder nicht erreicht wurde, eine Rückzahlung oder eine Nachzahlung. Die Sozialdemokraten beantragen nun die Aufrechterhaltung dieser Bestimmung. Dieser Antrag wurde mit 183 gegen 135 Stimmen abgelehnt. In der Gesamtabstimmung wurde das Gesetz gegen die Kommunisten angenommen.

Die Vorlage über das Ruhegeld des Reichspräsidenten wird angenommen, nachdem Abg. Schulz-Bromberg (D.nat.) seine ablehnende Haltung dargelegt hatte.

Es folgt dann die dritte Beratung des 7. Nachtrags-etats zum Reichshaushalt. Abg. Hefferich (D.nat.) verlangt eine Erklärung der Regierung über die Befugnisse. Allein die Befugnisse des Reichshaushalts betragen 1 Milliarde, 680 Millionen Goldmark. (Lebhaftes hört, hört!) Das ist ein Mehr von 60 Prozent als unser gesamtes deutsches Heer und die Flotte im Frieden erforderten. (Erneut lebhaftes hört, hört!) Ungeheuer sind auch die Leistungen für die Kontroll-Kommissionen. Erst jetzt sind die steuerfreien Zulagen wieder verdreifacht worden. Der gemeine Soldat erhält, abgesehen von seiner Befoldung, allein an steuerfreien Zulagen doppelt so viel als die Diäten eines Reichstagsabgeordneten betragen. (Bewegung.)

Staatssekretär Jaffé verweist darauf, daß diese Kosten auf Sachleistungen verrechnet werden und daß Darlehen dem Reich für 1922 an sich nicht obliegen. Allerdings ist von einem Teil der Befugnisse ein Teil der Vorschüsse von Solddarlehen gefordert worden. Solche Darlehen sind unter Vorbehalt geleistet worden. Die Sachleistungen werden bis zur Höhe von 220 Millionen Goldmark auf die Befugnisse verrechnet. Der Mehrbetrag geht auf Reparationskonto.

Beim Marineetat fordert Abg. Kuhn (Soz.) Streckung der Neubewilligten Stelle des Ingenieuradmirals. In namentlicher Abstimmung wird die Stelle mit 170 gegen 136 Stimmen aufrecht erhalten. Auch die einzelnen Haushalte werden genehmigt.

Der 7. Nachtrag zum Reichshaushalt wurde in 3. Lesung angenommen.

Abg. Hoffmann-Ludwigshafen (Zentr.) begründet sodann einen Antrag, der Frachtfreiheit für Kirchengemeinden fordert, die infolge der Kriegsverordnungen ihre Kirchengüter abliefern mußten und die nun zurückerworben oder neu beschafft werden wollen. Die für solche Zwecke bereits vereinnahmten Frachten sollen den Kirchengemeinden zurückerstattet werden. Dieser Antrag wird angenommen.

Angenommen wird ein Ansuchen, der eine genügende Menge Mundzucker zu erschwinglichen Preisen für die Bevölkerung verlangt.

Das Ausgleichswirtschaftsgesetz wird in 2. und 3. Lesung angenommen. Angenommen wird auch ein Antrag des Wohnungsausschusses, auf die Länder und Gemeinden einzuwirken, den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern und eine Verbilligung der Baustoffe herbeizuführen. Die notwendigen Mittel für den Wohnungsbau sollen den Ländern zur Verfügung gestellt werden.

Ein Antrag Herat (D.nat.) fordert einen Gesetzentwurf, wonach vom 1. Januar ab der Ankauf von Edelmetallen, Juwelen und Altmetall der Genehmigung bedarf. Ein Regierungsdirektor erklärt, daß ein entsprechender Gesetzentwurf dem Reichstag im Januar zugehen werde.

Nach zusammenfassenden Erklärungen der Abgg. Nost (D.nat.) und Gothein (Dem.) wird der Antrag angenommen.

Ein Antrag, der eine Denkschrift über die selbständig gleichende Gehalts- und Lohnkata fordert, wird angenommen.

Die nächste Sitzung findet in den Tagen zwischen dem 10. und 17. Januar statt.

Deutschland.

Berlin, 17. Dez. Berliner Blätter berichten: Obwohl man in parlamentarischen Kreisen über den Inhalt des Reichstages von Staatssekretär Bergmann im einzelnen noch nicht unterrichtet ist, herrscht im Reichs-

tag der Eindruck, daß die durch die deutschen Vorkämpfer der Londoner Konferenz geschaffene Lage nicht ganz so unangenehm erscheint, wie man anfänglich anzunehmen geneigt war. Das Kabinett wird abends eine Sitzung abhalten, um sich mit dem Reparationsproblem zu beschäftigen und zu den ersten von ihr vorgelegten Plänen ergänzende Vorschläge zu machen. In diesem Ansehung wird die Kooperation mit Vertretern der Finanzwelt und der Industrie, sowie auch anderen Ständen Rücksicht nehmen. Die Reichsregierung hat insbesondere auch bekannte Großindustrielle in den Rheinlanden nach Berlin geholt, um ihr fachverständiges Urteil zu hören. In den Reichsverband der deutschen Industrie ist die Regierung bisher noch nicht offiziell herangetreten.

Ausland.

Paris, 17. Dez. In der französischen Kammer ergriff Poincaré das Wort, um zunächst über die Lausanner Verhandlungen zu sprechen, mit deren Verlauf er sich zufrieden erklärte. Frankreich werde in Lausanne in enger Verbindung mit seinen Alliierten bleiben. Von den Londoner Verhandlungen sagte er, daß sie sich im Geiste der Aufrichtigkeit und unter großer Herzlichkeit abgepielt hätten. Er habe in London einfach die Ideen auseinander gelegt, die er schon früher auf der Kammertribüne vertreten habe und er habe in keinem Punkte ernstlichen Widerspruch gefunden. Von den interalliierten Schulden sagte Poincaré, daß kein Vergleich möglich sei zwischen diesen Schulden und den Forderungen, die Frankreich an Deutschland habe. Es wäre ungerecht, wenn die Alliierten untereinander strenger in ihren gegenseitigen Forderungen sein wollten als gegenüber Deutschland. Frankreich denke nicht an eine militärische Expedition und an kriegerische Unternehmungen. Es wolle bloß bezahlt werden. Wenn Deutschland nicht bezahle, habe Frankreich das Recht, Pfänder zu nehmen und diese seien dort, wo die deutschen Reichskammer sind. Zum Schluß sagte Poincaré, daß es der Kammer frei stehe, zu entscheiden, ob die gegenwärtige Regierung würdig sei, die Verhandlungen fortzuführen. Poincaré wurde am Schluß seiner Rede mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Paris, 17. Dez. Nach der Rede von Poincaré ergriffen noch mehrere Abgeordnete das Wort, besonders Cardieu, der besonders heftig Poincaré, auch wegen seiner Innenpolitik angriff, ferner Bergerot und Herriot. Schließlich wurde ein einfaches Vertrauensvotum mit 512 gegen 176 Stimmen angenommen.

London, 17. Dez. Das englische Parlament hat sich bis zum 13. Februar vertagt. Die Vorkämpfer des Königs zum Schluß der Sitzungsperiode wurde im Oberhaus vom Lordkanzler und im Unterhaus vom Sprecher verlesen. Die Vorkämpfer beginnt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Lausanner Konferenz bald zu einer glücklichen Lösung kommen möge. Dann kommt die Vorkämpfer auf die Londoner Besprechungen, die deutschen Reparationen und ihre beabsichtigte Wiederaufnahme in Paris zurück. Es heißt darin, der Versuch, glückliche Bedingungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu finden, erfüllt mich nach wie vor mit tiefstem Interesse. Die Schwierigkeiten sind groß und können nur mit Geduld und aufrichtiger Zusammenarbeit der in erster Linie von ihnen betroffenen Staaten bewältigt werden.

Belgrad, 17. Dez. Die südslawischen Kriegserfahrungen nehmen einen immer größeren Umfang an. Die ganz offensichtlich vor sich gehenden Kriegsvorbereitungen erfolgen unter der Begünstigung durch Frankreich, das der Belgrader Regierung das notwendige Geld zur Verfügung stellte. Die Rüstungen Südslawiens richten sich in erster Linie gegen Italien, dann aber auch gegen Ungarn und man glaubt in Belgrader politischen Kreisen, daß es spätestens im Frühjahr des nächsten Jahres zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen Südslawien und diesen Staaten kommen werde. Bestärkt wird man in dieser Ansicht dadurch, daß in letzter Zeit große Sendungen von Kriegsmaterial aus Italien in Ungarn eingetroffen sind.

Politische Rundschau.

Im Steueranschluß des Reichstags erklärte Reichsfinanzminister Dr. Hermes, mit den Vorrednern sei er der Ansicht, daß die Zeit kommen müsse, wo den Ländern und Gemeinden wieder Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit zugestanden werden könne. Die restlose Wiederherstellung des früheren Zustandes habe er allerdings für ausgeschlossen. Ein Gesetz über die Fürsorge der Kleinrentner sei in Vorbereitung. Nach der laufenden Fürsorge seien schon jetzt für die Beschaffung von Winterbedarf 1,5 Milliarden bereitgestellt worden. Was die Verbilligung des Brotgetreides angehe, so sei hierfür Vorbedingung, daß die Landwirtschaft die vorgeschriebene Getreideumlage pünktlich und in vollem Umfang abliefere.

Der Reichsminister der Finanzen verlängerte die Umkaufzeit für das Notgeld noch bis 5. Februar.

Soblen ist in dem Verlage „Der kommende Tag“ in Stuttgart ein sehr bemerkenswertes Buch erschienen. Die Gattin des ersten deutschen Generalstabschefs im Weltkrieg hat in einem starken Bande Aufzeichnungen und Briefe des Generaloberst v. Moltke veröffentlicht, die auf die Vorgänge bei den deutschen Regierungskreisen zur Zeit des Kriegsausbruches ein grelles Licht werfen. Der Reichsfinanzminister und auch der Kaiser zeigten sich völlig kopflos. Ein auf einem Mißverständnis beruhendes Telegramm des Londoner deutschen Gesandten v. Lichnowsky genügte, um diese beiden für das Geschick Deutschlands verantwortlichen Männer in Sicherheit zu wiegen und zu der Hoffnung zu verleiten, daß England in dem drohenden Weltkriege nicht an der Seite unserer Feinde stehen würde. Der Kaiser verlangte von seinem Generalstabschef sogar die sofortige Einstellung aller gegen Frankreich gerichteten Operationen, da nach dem Lichnowsky'schen Telegramm England sich auch für die Neutralität Frankreichs verbürgen wolle. Mit vieler Mühe gelang es Moltke, dem Kaiser klar zu machen, daß die Mobilisation ein während langer Friedensjahre aufs feinste ausgearbeiteter Mechanismus sei, und daß es nicht angehe, die nach dem Westen rollenden Räder aufzuhalten und ohne weiteres nach dem Osten zu schieben. Im Osten würden dann regellose, bewaffnete Haufen, aber kein schlagkräftiges Heer stehen. Wenige Stunden später traf dann aus London ein neues Telegramm ein, welches die Mitteilung des ersten völlig widerrief. Die Dinge nahmen dann ihren bekannten Lauf. Diese Vorgänge beweisen mit aller Deutlichkeit, daß der deutsche Kaiser und die deutsche Regierung von dem Kriege völlig überrascht wurden und sie ihn mithin nicht angezettelt haben können.

In Wien herrscht allgemeine Preissturz. Die Preise für Schuhe und Kleidung sind um 50 Prozent, die von Fleisch und Fett um 30 bis 40 Prozent, die von Milch und Fett um 30 bis 40 Prozent, zum Teil gleichfalls um 50 Prozent, innerhalb weniger Tage gesunken. Dabei stiegen alle Gehälter und greift die Arbeitslosigkeit immer härter um sich.

Die Moskauer Abrüstungskonferenz wurde abgebrochen, da sich die Randstaaten, namentlich Polen, weigerten, unmittelbar zu einer Erörterung der technischen Entwaffnungsfrage zu schreiten. Sie schlugen lediglich die Unterzeichnung eines Bürgschaftsvertrages vor, was Rußland mit der Begründung ablehnte, es wolle nicht die ohnedies große Zahl von platonischen Versprechungen vermehren, sondern erstrebe eine ernsthafte Erleichterung der Kriegslasten.

Die Bevölkerungszunahme Badens in den letzten 100 Jahren.

Von allgemeinem Interesse, insbesondere auch mit Rücksicht auf einen Entwurf über die Verringerung der Kreisenteilung, der dem Landtag zugegangen ist, dürfte ein Rückblick auf den Bevölkerungsstand Badens vor 100

Das lockende Licht.

Roman von Erich Ebenstein.

8. (Nachdruck verboten.)

Der alte Bassl, welcher eben vorüber geht, bleibt stehen und mißt den Sohn seines Bruders mit erstem Blick. „Sollst wohl dein' ehrbaren Vater mit antun, Gregor! Die Kellnerschlampen tät eine schöne Bäurin abgeben!“

„Ah was, Bäurin! Will selber mit Bauer sein. Wir finden uns schon was Besseres. Und die „Schlampen“ verbitst ich mir, Bassl, daß du's weißt!“

Er blickt, vom Wein und Tanz erhitzt, herausfordernd im Kreis herum. „Sollst dich nur jeder merken, die Dirn ist meine Zukünftige, und wenn 's mit recht ist, der soll 's sagen!“

Es sagte keiner ein Wort, denn der Gregor war der stärkste Burche von Dorenge und jetzt noch obendrein halb trunken.

Liesel hat die Tanzpause benützt, um mit einer Schutzfreundin ein wenig im Freien Kühlung zu suchen. Unter den Lindenbäumen vorm Haus ist 's dunkel und still. Seitwärts über den Wiesen liegt still und leuchtend das Licht des Vollmondes.

Eben will sich Liesel mit ihrer Kameradin auf die Hausbank setzen, als drüben aus dem Schatten der Bäume der Groß-Reicher Franz tritt und zur Kameradin sagt: „Mit Verlaub, Mirzel, ich hatt' ein Wörtel mit der Liesel zu reden. Sei so gut und pass' auf, daß uns keins dazwischen kommt.“

Mirzel tritt sofort unter die Haustür zurück. Die Liesel will ihr folgen. „Wißt nit, was du mit mir zu reden hättest? Ich mag nit!“ sagt sie schnippisch. Aber da zieht sie schon sein eigener Griff in den Schatten zur Regelbahn hinüber.

„Ob du magst oder nit, Red wirst mir stehen!“ leucht der Burche aufgeregt. „Was soll das heißen, Liesel,

daß du nit mit mir tanzen wilst und allweil den Stadtlümmel neben dir leibest?“

„Wilst's wohl selber wissen: lieber ist er mir halt wie du!“

„Liesel! Kein Mensch im Dorf weiß es, aber du kannst es doch nit vergessen haben, wir du mit auf derselben Stell vor ein' halb Jahr Lieb und Treu geschworen hast!“

„Leng's so nit. Aber meine Leut und dein Vater wollen ja nit wissen davon. Und 's ist auch gescheiter. Dazumal war ich ein dummes Ding, jetzt aber weiß ich, daß mir der Groß-Reicherhof einmal zu langweilig wär und du dazu! Und jetzt weißt du's auch und laß mich mit Fried — sie spielen, schon wieder auf dein, hörst?“

„Wohl — ich hör's,“ sagt er dumpf. „Aber ausgerebt ist das noch nit. Meine Lieb dauert länger als vom Frühling bis zum Sommer, die laßt dich nit. Sell ist bloß die Hoffart, die dir in' Kopf gestiegen ist. Zuwendig bist gar nit so. Aber...“

Er spricht in die leere Luft, die Liesel ist schon im Haus drin. Dumpfe Mut kocht in dem Burichen. Alles, was er anfängt, regt ihm die Galle auf. So taumelt er verwirrt dem Mädchen nach.

Im Flur rennt er beinahe zwei um, die da im Dunkeln miteinander schlüpfen.

„Oha!“

„Kümmst auch besser zuzuhören, besoffener Lümmel! Beinahe niedertreten hättest mich!“

Franzl erkennt die Sprecherin an der Stimme.

„Ah du bist 's, Kellnermenschen? Na, um dich wär's nit grad schab,“ sagt er gleichgültig und will vorüber.

„Aber Gregor vertritt ihm den Weg. „Was hast sie geheißen! Wißt nit, daß sie meine Zukünftige ist und ich's nit leid...“

„Wohl, wohl, hab dein Reden vorher gehört, aber ich fürcht dich nit, Lebbaure-Gregor. Und...“ sein Blick mißt den andern verächtlich, „estimieren kann ich dich

deswegen auch nit! Bist auch einer, dem die Hoffart den Kopf verdreht.“

„Höllabrat,“ brast Gregor auf; „du wärs mir grad der richtige zum mehren! So ein Bauerlümmel, der stolz tut, weil sein dickschädiger Alter der Prozenbauer ist! Dump elendiger —“

Er hat es laut und brutal herausgeschrien, daß die am Eingang zum Tanzsaal Stehenden es hören und neugierig umschauen. Wie durch einen roten Nebel sieht Franz die teils lachenden, teils ernsthaft drein blickenden Gesichter auf sich gerichtet — mitten drin der Liesel spöttisches Gesicht. Da wilst er sich mit einem wilden Ausschrei auf den Gregor.

„Dump heißt mich? Prozenbauer? Bin sein mußt, wenn du das nit zurücknimmst!“

Der andere lacht bloß gellend auf.

Dann wird es still im Flur. Reuend, zähneknirschend ringen sie Brust an Brust miteinander. Einige Besonnenere wollen sie trennen. Das ist ja helllicher Ernst! Ganz blau wird der Gregor schon unter den eisernen Fingern, die seine Kehle umspannen...

Umsonst. Keiner bringt die auseinander, wie verwachsen sind sie. Da stemmt der Gregor mit gewaltiger Anstrengung seine Knie gegen den ihn bedrängenden Leib des andern und im selben Moment schlagen sie beide mit lautem schauerlichen Krach auf die Steinfliesen hin — der Franzl zu unterst. Sein Kopf ist im Fall auf das eisenerne Rad eines Schubkarrens geschmettert, auf dem man zuvor ein Bierfaß hereingekollt hatte.

Dabei muß ihm wohl das Genick gebrochen sein, denn jetzt liegt er mit starren, verglästen Augen da und regt kein Glied mehr.

Auf allen viereck liegend, abschleimig und jäh ermüdet starrt der Gregor in das fahle regungslose Gesicht unter sich. Die Lippen bewegen sich, aber er bringt kein Wort heraus. Dann glözt er blöde aufwärts zu den andern, als wolle er 's von ihnen hören: „Er ist ja nicht tot!“

(Fortsetzung folgt.)

Jahren sein, wie er in den Mitteltungen des Stat. Landesamts gegeben sein wird. Die Bevölkerung des badischen Landes hat sich im Zeitraum der Jahre 1818/1919 von 1.014.964 auf 2.195.580 Personen oder um 116 Prozent vermehrt. In den einzelnen Amtsbezirken schwankt die Bevölkerungszunahme zwischen 61,6 und 25 Prozent. Den größten Bevölkerungszuwachs haben die Bezirke Mannheim mit 61,6 Prozent, Karlsruhe mit 43,0, Schwetzingen mit 38,2 und Pforzheim mit 33,5 aufzuweisen. Nur ein Amtsbezirk, St. Blasien, hatte hauptsächlich infolge seiner unglücklichen Verhältnisse, seit 1818 einen Bevölkerungsverlust und zwar von 10 Prozent zu verzeichnen.

Ein etwas anderes Bild zeigt die Veränderung der Einwohnerzahl in den Amtsstädten. Die größte Zunahme mit 93,2 Prozent hat hier die Industriestadt Pforzheim zu verzeichnen; darnach folgt die größte und bedeutendste Industrie- und Handelsstadt des Landes Mannheim mit 76,6 Prozent. Die Stadt Freiburg steht mit einer Bevölkerungszunahme von 64,0 Prozent an dritter Stelle; darnach folgt Karlsruhe von 59,9 Prozent. Eine Zunahme von 400-500 Prozent zeigen die Städte Lörrach, Donaueschingen, Emmendingen und Offenburg. In vier Amtsstädten betrug die Bevölkerungszunahme nicht mehr als 14 Prozent. In der Stadt Bad Bergzabern dagegen ist die Bevölkerung seit 1818 sogar um 25 Prozent zurückgegangen. Nach der Volkszählung des Jahres 1919 zählen 6 Amtsstädte mehr als 25.000 Einwohner, in 9 Städten beträgt die Einwohnerzahl 10.000-25.000, in 37 Amtsstädten 1.000-10.000.

In einem dritten Abschnitt werden charakteristische Beispiele für das Wachstum und die Abnahme von Städten, die nicht Amtsstädte sind und von Landgemeinden gegeben. Weitans das größte Wachstum unter den badischen Städten hat Singen mit 102,9 Prozent aufzuweisen, dessen Einwohnerzahl von 934 im Jahr 1819 auf über 10.000 im Jahr 1919 angestiegen war. Die jüngste badische Stadtgemeinde, Rheinlilien, aus den Dörfern Millingen und Wornbach entstanden, zählte im Jahre 1919 über 4000 Einwohner, während die beiden genannten Dörfer 1818 zusammen nur 800 erreichten. Von den Industriestädten des Schwarzwalds haben St. Georgen um 53,1 Prozent, Zell i. B. um 18,1 Prozent und Furtwangen um 17,8 Prozent zugenommen. Einige Klein- und Zwergstädte zählten dagegen im Jahre 1919 weniger Einwohner als 100 Jahre zuvor. Von den Landgemeinden haben die Industriearbeiter-Dörfer im Unterland eine besonders große Zunahme zu verzeichnen. So hat sich z. B. die Gemeinde Sandhausen (Amt Heidelberg) von 107 Einwohnern im Jahre 1819 auf 3999 Einwohner im Jahre 1919 vermehrt, was einer Zunahme von 3637 Prozent gleichkommt. Die Bevölkerungszunahme der rein landwirtschaftlichen Gemeinden ist viel geringer, doch ist die Zahl der Gemeinden, die eine stillstehende oder abnehmende Bevölkerung aufweisen, kleiner, als man gewöhnlich glaubt.

Baden und Nachbarstaaten.

Karlsruhe, 16. Dez. (Die Ausgabe einer wertbeständigen Kohlenanleihe.) Der Landtag hat einem Gesetzentwurf zugestimmt, durch den zunächst das Grundkapital der Badischen Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwerk) von 100 Mill. auf 600 Mill. erhöht und zum anderen das Staatsministerium ermächtigt wird, für ein weiteres von der Aktiengesellschaft Badenwerk aufzunehmendes Darlehen bis zum Betrage des Geldwertes von 1.000.000 Tausend westfälischer Reichsmarkmünze IV die selbstschuldnerische Bürgschaft des Staates zu übernehmen. Für die Beschaffung der Mittel hat das Badenwerk nach Fühlungnahme mit maßgebenden Finanzstellen die Ausgabe einer wertbeständigen Kohlenanleihe in Aussicht genommen. Der Grundgedanke dieser Anleihe beruht darauf, daß der Darlehensbetrag seine zu 5 Prozent vorzulehene Verzinsung und seine Rückzahlung jeweils nach dem Preis einer bestimmten deutschen Kohlensorte als Zehse festgesetzt wird. Die Erwerber der entsprechenden Schuldverschreibungen haben daher beim Kauf dieser Schuldverschreibungen die auf eine einer bestimmten Kohlenmenge entsprechende Geldmenge lautet, so viel in Papiermark zu bezahlen, als den Wert der auf der Schuldverschreibung genannten Kohlenmenge im Zeitpunkt der Zahlung entspricht. Dem entsprechend erfolgt die jährliche Verzinsung mit einem Geldbetrag, der dem Jahresdurchschnittspreis von 5 Prozent der in der Schuldverschreibung genannten Kohlenmenge entspricht. Die Anleihe bietet ihrem Käufer den Vorteil der Wertbeständigkeit.

Durlach, Handelsregister A. Eingetragen am 13. Dezember 1922: Fritz Heilmann & Co., elektrische Licht- und Kraftanlagen. Sitz: Durlach. Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst, die Firma erloschen. Amtsgericht.

Durlach, Handelsregister B. Eingetragen am 13. Dezember 1922: Fritz Heilmann & Co., Aktiengesellschaft, Sitz: Durlach; Dem Kassmann Wilhelm Weiß in Durlach ist Prokura erteilt. Amtsgericht.

Durlach, Handelsregister A. Eingetragen am 8. Dezember 1922: Guido Kemmer, Carl Kemmer Nachf. Sitz: Durlach. Eine offene Handelsgesellschaft, die am 1. 12. 22 begründet hat. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation und Vertrieb von Baaren. Berühmte haltende Geschäftsführer: Elise Karoline Kemmer, Anna Luise geb. Kemmer, Ehefrau des Elektro-Instalateurs Oscar Kemper, Wilhelm Andreas Kemmer, Kaufmann, alle in Durlach. Amtsgericht.

Durlach, Vereinsregister. Eingetragen am 12. Dezember 1922: Arbeiterportverein. Sitz: Durlach. Amtsgericht.

Steuerbücher betr.

1. Nach § 50 des Einkommensteuergesetzes ist jeder Arbeitnehmer verpflichtet, sich vor Beginn jedes Kalenderjahres oder vor Beginn eines Dienstverhältnisses von der Gemeindebehörde seines Wohnortes ein Steuerbuch ausstellen zu lassen.

2. Den hier wohnenden Arbeitnehmern, die

Karlsruhe, 17. Dez. (Einkaufung der früheren badischen Bahnbeamten.) Amlich wird mitgeteilt: Die badische Regierung hat bereits im Febr. 1921 den Staatsgerichtshof in Leipzig wegen der grundsätzlichen Auslegung der im Schlußprotokoll zu Par. 36 Abs. 2 des Eisenbahn-Staatsvertrages enthaltenen Bestimmungen über die Einreihung der Landeseisenbahnbeamten in die Gruppen der Reichsbeihilfsordnung angerufen. Die Entscheidung über den Antrag war aber ausgefallen worden, nachdem der Reichsverkehrsminister die Auffassung vertrat, es könne über die meisten noch offenen Einkaufstragen bei den damals bevorstehenden Beratungen zwischen der Reichsregierung und der badischen Regierung eine befriedigende Vereinbarung zu Stande kommen. Nachdem eine endgültige Stellungnahme der Reichsregierung zu dem letzten der vorgenannten Punkte, nämlich der Frage des Beihilfsdienstalters einzelner Beamteingruppen, bis heute nicht erfolgte, und nachdem das Ergebnis der Verhandlungen über die anderen Punkte teilweise in unbefriedigender Weise ist, hat die badische Regierung nunmehr beim Staatsgerichtshof Antrag gestellt, über den Antrag vom Februar vorigen Jahres mit tauschlicher Beihilfsleistung eine Entscheidung herbeizuführen. Von der Entscheidung über diese Vorfrage wird es abhängen, ob die Reichsregierung aufgrund des Spruches des Staatsgerichtshofes erneut mit der badischen Regierung verhandeln muß, oder ob die badische Regierung den Staatsgerichtshof wegen der eigentlichen Streitfrage, nämlich wegen der frittigen Punkte, anrufen wird.

Karlsruhe, 17. Dez. (Presseverbot.) Das „Karlsruher Tageblatt“ ist von der Interalliierten Rheinland-Kommission auf 4 Wochen im besetzten Gebiet verboten worden wegen einer Notiz „Rheinlandnot“, durch die sich die Besatzung beleidigt fühlte.

Karlsruhe, 16. Dez. Bekanntlich waren die Fabriken vor einigen Wochen infolge Mangels an Zahlungsmitteln, gezwungen, Guthabene auszugeben, um ihre Arbeiter und Angestellten auszahlen zu können. Allem Anschein nach sind nun solche Guthabene gefälligst worden. So hatte eine hiesige Firma für fünf Millionen Mark Guthabene ausgegeben und nun verlangt, daß schon für acht Millionen Mark an der Kasse eingelöst werden seien.

Mannheim, 17. Dez. (Kindlicher Sport.) Einen kindlichen Sport, der wahrlich als Lohn auf unsere Geldentwertung gedacht ist, treiben die Franzosen von der Rheinbrückenwache. Sie angeln mit Zwanzigmarktscheinen, die sie an dünnen Fäden befestigt auf dem Gehweg auslegen, nach „ehrlichen“ Fischen. Bist du sich jemand danach, so fliegt der Stein weg, und die Angler laden sich einen Akt. Bei ihrem schönen Sold auf unsere Köpfe können sich die Franzosen solche Wägen leisten.

Mannheim, 17. Dez. (Krauß überfall.) Ein schwerer Raubüberfall wurde an einem der letzten Abende in einer Bäckerei in Ludwigshafen verübt. Ein unbekannter Mann verlangte ein Brotchen und als die allein anwesende Frau des Bäckers den Unbekannten bediente, schüttete dieser plötzlich der Frau ein Fläschchen Salzwasser ins Gesicht und plünderte die Ladentasse. Mit 12-14.000 Mark ergriff der Unbekannte die Flucht.

Weinheim, 17. Dez. (Autounfälle.) Infolge allzu großer Geschwindigkeit fuhr kurz vor Bensheim ein Personenauto in eine von Heppenheim kommende Schärherde. Drei Schafe mußten sofort abgeschlachtet werden. Trotzdem das Auto an einen Lindenbaum geschleudert wurde, ist den Insassen nichts passiert. — Tags vorher wurde das Laquais der Firma Sauer u. Co. in Bensheim beim Ueberfahren der Nebenbahn Sprendlingen-Buchschlag von einem Personenauto erfasst und gegen das Straßengeländer gedrückt. Auch hierbei kamen die Personen glücklich davon.

Kehl, 15. Dez. Für den Grenzverkehr zwischen Straßburg und den Orten am Kehler Brückenkopf sind Erleichterungen geschaffen worden. Der Grenzverkehr wird aufgrund von sog. Grenzkarren ohne Schwierigkeiten möglich sein.

Altenheim bei Offenburg, 15. Dez. Die hiesige Gemeinde hat für die Bedürfnisse der Stadt Offenburg 100 Zentner Kartoffeln geachtweise zur Verfügung gestellt. Ein nachahmenswertes Beispiel!

Neustadt i. Schw., 14. Dez. In dem Entwurf zu der neuen badischen Kreisordnung ist u. a. auch die Restrukturierung des Amtsbezirktes Neustadt vom Kreis Freiburg und die Angliederung an den Kreis Willingen vorgesehen. Dagegen haben sich sämtliche Gemeinden des Bezirkes sowie der Bezirksrat ausgesprochen und einen Protest an die Regierung gerichtet. Auch die Zentrumsfraktion des bad. Landtags hat sich der Sache angenommen. Es wird in der Eingabe an die Zentrumsfraktion besonders auf die engen Beziehungen zwischen Freiburg und Neustadt sowie auf die weit bessere Verkehrsverhältnisse des Kreises Freiburg hingewiesen.

Freiburg, 15. Dez. Am Friedrich-Ruffen-Turm auf dem Feldberg werden jetzt umfangreiche Ausbesserungsarbeiten vorgenommen. Die Ortsgruppe Badler des Schwarzwaldbundes hat einen großen Teil der Mittel aufgebracht, doch müssen noch weitere erhebliche Unkosten gedeckt werden. Der Turm bleibt den Winter über täglich offen. Stiffahrer können dort auch Erfrischungen einnehmen. Der Unterhandlungsraum soll geheizt werden, doch erhebt man jedenfalls für keine Besucher eine Eintrittsgeldgebühr.

Aus Stadt und Bezirk.

Durlach, 17. Dez. Nachdem nunmehr auch der Stadtverordnetenrat gebildet ist, kann der neue Bürgerausschuß tagen. Für die Wahl des Stadtverordnetenrates und des Obmanns kamen erfreulicherweise jeweils nur eine Vorschlagsliste sämtlicher Parteien ein, sodass Wahlen nicht nötig waren. Obmann des Stadtverordnetenrates wurde Dreher Christian York. Die erste Sitzung des Bürgerausschusses wird voraussichtlich in der Woche zwischen Weihnächten und Neujahr stattfinden und wird derselbe als erste Arbeit die Genehmigung des Dienstvertrags mit dem neuen Oberbürgermeister, Geh. Regierungsrat Zoeller, zu verzeichnen haben. Auch für den gemischten beschließenden Ausschluß fanden sich die Parteien zusammen und einigten sich auf je eine Wahlvorschlagsliste für die 12 Stadtverordneten und die 6 Stadträte.

— **Keine Brotnot.** Im Haushaltsausschuß des Reichstags stellte bei der Erledigung des Nachtragsplans des Reichsfinanzministeriums Reichsernährungsminister Dr. Götter fest, daß bei Anspannung aller Kräfte eine Brotnot im laufenden Winter nicht zu erwarten sei.

— **Frachtermäßigungen für Christbäume.** Vom 7. bis 31. Dezember 1922 ist der Ausnahmetarif 18 für Christbäume (Weihnachtsbäume) in Wagenladungen zu den Frachtsätzen der Tarifklasse E auf den Strecken der Reichsbahn eingeführt worden.

— **Neue hochwertige Einkommensteuermarken.** Die Ausgabe neuer Einkommensteuermarken zu 500, 1000 und 2000 Mark wird in Kürze erfolgen. Auch ist die Ausgabe von Einkommensteuermarken zu 3000, 5000 und 10.000 Mark in Aussicht genommen.

Drahtnachrichten.

M.M. Mannheim, 18. Dez. Am Samstag wurde im Anknüpfen an eine Einigung erzielt. Fabrikarbeiter erhalten einen Stundenlohn von 400 Mk., Handwerker 424 Mk., Arbeiterinnen 280 Mk., dazu kommen die bestehenden sozialen Zulagen. Die Urheber des Streits haben keinen Anspruch auf Wiedereinstellung.

B.B. Berlin, 17. Dez. Der Staatsboranschlag für 1923 weist einen Fehlbetrag von rund 12 Milliarden auf. Die Stadt Berlin hatte bis Ende November ein Defizit von 7,2 Milliarden aufzuweisen.

P.P. Paris, 17. Dez. Boicote hat gestern nachmittag den deutschen Botschafter Dr. Mayer empfangen.

P.P. Paris, 17. Dez. Wie die Dabas mitteilt, sind der Reparationskommission am Samstag von der Kriegslastenkommission die am 15. Dezember fälligen deutschen Schatzwechsel übergeben worden. Sie lauten auf 25.057.564 Goldmark. An und für sich waren 60 Millionen fällig. Die Differenz ist bereits durch anderweitige deutsche Zahlungen gedeckt worden.

W.W. Warschau, 17. Dez. Der polnische Präsident Narutowicz wurde während der Eröffnungsteilnahme einer Kunstausstellung im Palais der bildenden Künste von einem Rumänier namens Rewadowski mit 3 Revolverkugeln in den Rücken so schwer verletzt, daß er nach einigen Stunden starb. Der festgenommene Mörder hat im Verhör erklärt, daß er aus eigener Initiative gehandelt habe. Er wird unverzüglich vor ein Standgericht gestellt.

W.W. Belgrad, 17. Dez. Unter Raditsch hat sich ein neues Kabinett gebildet, dessen Mitglieder sämtlich der radikalen Partei angehören.

N.Y. New-York, 17. Dez. (Meuter.) Nach einer Pariser Meldung hat Boicote eine inoffizielle Mitteilung erhalten, daß die Vereinigten Staaten gewillt seien, einen Plan zur Regelung der Reparationsfrage in Erwägung zu ziehen.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Samstag in Frankfurt 3446,35 G., 6478,65 Br., in Berlin 6334,12 G. und 3365,88 Br.

1 Schweizer Franken = 1226,90 G., 1233,10 Br.
1 französischer Franken = 487,80 G., 490,20 Br.
1 holländischer Gulden = 2596 G., 2609 Br.
1 engl. Pfund Sterling = 30174 G., 30325 Br.
100 österreichische Kronen = 9,72 G., 9,78 Br.

Preisabschlüsse. Infolge der sinkenden Devisenkurse stehen zahlreiche Preisabschlüsse bevor. Der Weizenpreis wurde noch am Samstag um einige tausend Mark zurückgesetzt.

Naturnatürliches Wetter.

Unter dem Einfluß eines von Westen her vordringenden Niederdrucks ist für Dienstag ein Umschwung zu trübem Wetter mit Niederschlägen (Regen) zu erwarten.

erwähnung beanspruchen wollen wegen der Verpflichtung zum Unterhalt unter der Annehmlichkeit, müssen entsprechende Anträge spätestens bis zum 31. Dezember 1922 beim Finanzamt Durlach stellen.

Die Empfänger von Ruhe- oder Hinterbliebenengeldern, die ihre Bezüge von einer auswärtigen Kasse erhalten, müssen ihre Steuerbücher unverzüglich dieser Kasse einreichen. Durlach, den 15. Dezember 1922. Per Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.

Rehrich- und Müllabfuhr betr. Laut Beschluß des Stadtrats vom 6. Dezember ds. Js. wurden die Rehrich- und Müllabfuhrgebühren mit Wirkung vom 1. Oktober ds. Js. ab jährlich wie folgt festgesetzt:

Für 20-Liter-Eimer . . . 480.— M.
30-Liter-Eimer . . . 600.— M.
40-Liter-Eimer . . . 720.— M.

Durlach, den 15. Dezember 1922. Per Oberbürgermeister.

Ferkelmarkt

jeden Dienstag morgens 8 Uhr in der Gottesackerkirche. (Gedachte Verkaufsräume.) Städt. Schlacht- und Viehhofamt Karlsruhe.

Wahl des gemischten beschließenden Ausschusses.

Zur Wahl des gemischten beschließenden Ausschusses wurden folgende, einzig als gültig festgestellte Wahlvorschlagslisten eingereicht:

I. Gemeinsame Vorschlagsliste zur Wahl der 12 Stadtverordneten und deren Stellvertreter:

a) Mitglieder: Behringer Gustav, Volksschuldirektor, Ehrlich Eugen, Fabrikdirektor, Köffel Wilhelm, Schreinermeister, Meier Leopold, Schlosser, Kleiber Friedrich, Handlungsgärtner, Herrmann Wilhelm, Blechmeister, Horst Christian, Dreher, Dorner Magnus, Geschäftsführer, Möhner Friedrich, Mechaniker, Haber Johann, Malermeister, Fürst Johann, Professor, Weiß Leopold, Polierer.

b) Stellvertreter: Steeger Gustav, Blechmeister, Klemert Gustav, Werkmeister, Barthlott Gustav, Werkmeister, Kleiber Philipp, Schlosser, Köfel Karl, Maurermeister, Kleiber August, Landwirt, Hagl Eber, Schlosser, Böh Gustav, Kalkulationsbeamter, Glas Michael, Werkzeugmacher Hans Julius, Metallgießer, Biesel Johann, Hauptlehrer, Jäger Karl, Schlosser.

II. Gemeinsame Vorschlagsliste zur Wahl der 6 Stadträte und deren Stellvertreter:

a) Mitglieder: Silber Ludwig, Fabrikdirektor, Krüger Philipp, Maurermeister, Geher Friedrich, Privatier, Steinbrunn Gustav, Fabrikarbeiter, Dahn Christian, Dreher, Weinbrecht Otto, Reichsbahnbediensteter.

b) Stellvertreter: Klemert Karl, Gemeindefreihändler, Nams Wilhelm, Privat, Kesch Karl, Drechlermeister, Schuder Christian, Geschäftsführer, Kappler Friedrich, Dreher, Frau Luise Knecht.

Gemäß § 38 der Gemeindeordnung und § 35 der Gemeindevahlordnung sind die vorgelagerten gewählt. Eine weitere Wahlhandlung, wie solche auf Montag, den 18. d. Mts angelegt war, findet nicht statt. Die Amtszeit der Gewählten dauert bis November 1926.

Die Wahlverhandlungen liegen während einer Woche, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, im Rathaus, Zimmer Nr. 6, öffentlich auf. Innerhalb dieser Zeit können die Wähler von jedem Wahlberechtigten wegen Verletzung der gesetzlichen Vorschriften beim Oberbürgermeister oder bei der Staatsaufsichtsbörde (Landeskommissar) schriftlich oder mündlich zur Niederschrift mit sofortiger Bezeichnung der Beweismittel angefochten werden.

Durlach, den 16. Dezember 1922.

Der Oberbürgermeister.

Kohlen-Ausgabe.

Ludw. Kraus: Dienstag, den 19. Dez. von 12-5 Uhr: Kunden 751-875 und 1-150; 2. Str. Rhein. Braunkohlen-Briketts „Union“ je Str. 1556.

Mittwoch, den 20. Dez. von 12-5 Uhr: Kunden 151-400; 2. Str. Rhein. Braunkohlen-Briketts „Union“ je Str. 1556.

Durlach, den 18. Dezember 1922.

Ortskohlenstelle.

Farren-Verkauf.

Die Stadt-Gutsverwaltung verkauft im Submissionswege einen zum Schlachten tauglichen ca 17 Str. schweren

Farren.

Derselbe kann im Farrenstall Aue vormittags von 8-10 Uhr und nachmittags von 3-5 Uhr besichtigt werden. Angebote auf lebend Brutgewicht sind verschlossen mit der Aufschrift „Farrenverkauf“ bis spätestens Mittwoch, den 20. d. Mts, vormittags 9 Uhr, an dem Sekretariat Aue abgegeben.

Wir machen darauf aufmerksam, daß der Farren nach erfolgtem Zuschlag spätestens Donnerstag, den 21. d. Mts gegen Barzahlung abzuholen ist.

Reinhardt-Schokolade

100-gr.-Tafel Nr. 260

Adler-Drogerie.

Trotz ungeheurer Steigerung von Material und Gummi, sowie Arbeitslöhne halten wir unsere Preise wie bisher, so daß die

beste u. billigste Schuh-Reparatur
in Durlach immer noch

Henningers Gummibelagung
ist.

Alleinige Annahmestelle in Durlach:
Schuhhaus Wih. Scharmann,
Hauptstrasse 20.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft

A.-G. Mannheim.

Eigen-Vermögen 250 Millionen Mark.

Bankkredite **Scheckverkehr**

Conto-Correntverkehr

Spareinlagen **Effektenhandel**

Zinsscheineinlösung

Sorten **Devisen**

Wechseldiscont

Accreditive **Depotverwaltung**

Moderne Stahlkammer

durch unsere Filiale Durlach.

Telephon Nr. 30 u. 185.

Grosse Auswahl feinste

Damen-Mantelstoffe

Ulster- Anzug- u. Stoffe Paletot.

zu noch günstigen Preisen.

Spezial-Tuchgeschäft

Otto Matheis

Durlach, Karlsruher Allee 5.

Bitte um Besichtigung meines Lagers.

Viel Geld

erhalten Sie bei Verkauf von Altmaterial. Zahlen bis auf weiteres folgende Preise:

Per Kilo Eisen	bis zu	50 Mk.
" " Lumpen	" "	50 "
" " Wolle	" "	250 "
" " Papier	" "	50 "
" " Messing	" "	600 "
" " Zinn	" "	1000 "
" " Zink	" "	450 "
" " Blei	" "	300 "
" " Kupfer	" "	1000 "

Ferner kaufen Wein- und Sektflaschen, Hafenselle, sowie sämtliche Rohprodukte zu hohen Preisen.

Größeres Quantum wird im Haus abgeholt.

Händler erhalten Vorzugspreis.

H. Blech & Co.

Schlosskaserne Tel. 403

Ein Paar Rinderschuh getz, braun, Gr. 27 sind zu verkaufen Kelterstr. 30, 1. Et I	Acker zu kaufen gesucht. Eberle, Amalienstraße 33. Einige Zentner gute Speisekartoffel abgegeben. Preis 675. Zu erfragen im Verlag	Brillantring zu kaufen gesucht. Amalienstr. 33 II.
Puppenbeilädchen neu, 50 cm lang, zu verkaufen. Auerstraße 21	3 Einstellschweine , 3 weiße hornlose gebackte Biegen zu vert. Luitenhof Grödingen	

Zum Hausputz

empfohle:
Putztücher
Schonerbürsten
Schrubber
Stahlspäne
Kernseife
Schmierseife
Bohnerwachs
Bodenöl
Bodenlack

Adler-Drogerie E. Bauer.

Gegen Husten, Hals-keit, Vorschleimung

sind
bewährte Mittel
Durlachia Hustentropfen
Durlachia Brusttee
Durlachia Eukalyptus-Bonbons
Durlachia Pektoral
Wybertabletten.



Nur zu haben
Einhornapotheke
Marktplatz.

Kragen

-Wäscherei Schorpp
Stärke-Wäsche.
Annahmestellen:
Durlach: Hauptstrasse 15.
Aue: b. Hr. Langenbohn.
Karlsruhe: in allen Stadtteilen

Grundstück

(Aue, Wiese, Obst- und B.-Anpfl.) in Durlach oder Umgebung zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 756 an den Verlag d. Bl.

Grödingen

zuverlässige, pünktliche Frau mit größeren Kindern sofort gesucht.

Kleider, Stiefel, Möbel,

Setzen usw., neu und gebraucht, lassen Sie am billigsten bei
Glötzer, Karlsruhe Hählingerstr. 53a
Telefon 2488.

Preiswerte Weihnachtsgeschenke

in
Schuhwaren
aller Art kaufen Sie im
Partie-Haus
Karlsruhe, Durlacher Allee 2
bei Brand.

Baubund-Möbel

in bewährter Güte und reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung.

Eigene Verkaufsstellen:
Karlsruhe, Karlsruherstr. 22
Freiburg, Kaiserstr. 27
Bruchsal, Gewerbehalle a. Markt
Pforzheim, Theaterstr. 15
Offenburg, Steinstr. 2
Mosbach, Hauptstr. 12
Mannheim, Schloss rechter Flügel, Reitbahn

Badischer Baubund G. m. b. H.
Gemeinnütziger Möbelvertrieb
Teleph. 5157, Karlsruhe, a. Rondellplatz.

Kleider

Schuhe, getragene und neue, kaufen Sie billig bei
Freidenberg, Karlsruhe, Adlerstr. 32

Ein Acker

in der Nähe der Stadt zu kaufen oder zu pachten gesucht. Angebot unter Nr. 755 an den Verlag d. Bl.

Spezial-Leibbinde

für Leib- und Rücken-krümmung, sowie

Korsett-Leibbinden

empfehlen Sie fachgemäße Bedienung
Adler-Drogerie Ernst Bauer.

Säuser

a. Geschenke vermittelt
R. Rufam Karlsruhe

Achtung!

Alle Sorten Felle werden zu höchsten Tagespreisen angekauft.
Aue, Badhornstr. 15

Photographische Lampe

für Dunkelkammer, ein Rundermännchen 2-4. Jah., sowie ein Chlinderhut zu verkaufen. Tarnerstraße 6

Herren-Kad,

wie neu, preiswert zu verkaufen
Zäckerstraße 11.

Dr. Goldans Fenchelhonig

und
Sufienpräparate
indern den schlimmsten Dünsten zu haben in der
Adler-Drogerie Ernst Bauer.

Winterüberzieher

für Knaben von 12-14 Jahren, fast neu, zu verkaufen. Näheres an der
Adler-Drogerie Ernst Bauer.

Decken Sie Ihren Bedarf an Weihnachtskerzen in der Adler-Drogerie.